

## Sauberkeitsrappen: Die Linke gibt sich nicht geschlagen

Die Abfallgebühr ist gescheitert. Nun soll eine Charta richten, doch wie genau, ist unklar. Das Gewerbe zeigt kaum Enthusiasmus – linke Politiker beharren auf einer wirksamen Lösung.

Der Bund, Donnerstag 20. Juni 2019 06:55 von Carole Guggi, Calum MacKenzie



*Weiterhin viel Müll? Fast-Food-Verpflegung zur Mittagszeit auf dem Waisenhausplatz.  
(Bild: Franziska Rothenbühler)*

Der Widerstand war gross. So gross, dass der Sauberkeitsrappen nun zu Fall kam. Die Stadt sieht vorerst von der Gebühr ab, will stattdessen eine «Sauberkeits-Charta» formulieren – gemeinsam mit dem Gewerbe. «Wir begrüßen es, nun eine Branchenlösung zu erarbeiten», sagt Sven Gubler, Direktor der Innenstadtvereinigung Bern City.

Kurzfristig wurde gestern zur Pressekonferenz geladen. Die zuständige SP-Gemeinderätin Ursula Wyss, rechts von ihr besagter Sven Gubler – symbolträchtig in der Reinhard-Bäckerei. An der Theke Inhaber Alexander Reinhard. Gubler wie Reinhard, entschiedene Gegner des Sauberkeitsrappens, geben sich versöhnlich. Sie haben gewonnen.

Die geplante Abfallgebühr, die während vier Jahren diskutiert, geprüft und angepasst wurde, wäre schweizweit einzigartig gewesen. Das Tarifsystem sah vor, Verkäufer und Geschäfte, die Abfall in Umlauf bringen, zur Kasse zu bitten. Die Höhe der Gebühr hätte 1,4 Rappen pro 1000 Franken Umsatz betragen. Ursprünglich war die Einführung 2016 vorgesehen (siehe Text rechts). Doch der Ende Mai abgeschlossenen Vernehmlassung wehte ein rauer Wind entgegen. Detailhändler, Gewerbler, KMUler – alle stellten sich dagegen, bezeichneten das Vorhaben als «Fehlkonstruktion», die sogar gesetzeswidrig sei. Über 100 Eingaben waren es am Ende. «Es wäre zu viel gewesen, alle zu bearbeiten und zu prüfen», sagt Wyss.

### **Doch kein Referendum**

Auch politisch hatte die Vorlage einen schweren Stand. Bereits vor Monaten kündigte die Fraktion der städtischen FDP an, gegen die Gesetzesänderung das Referendum zu ergreifen. Die SVP sicherte

frühzeitig ihre Unterstützung zu. Entsprechend zufrieden sind die beiden Parteien nun mit dem Entscheid. «Freude herrscht», sagt Alexander Feuz, SVP-Stadtrat. «Mit Genugtuung nehmen wir vom Entscheid des Gemeinderats Kenntnis», schreibt die FDP in ihrer Medienmitteilung. Ärgerlich sei bloss, dass es so lange dauerte, bis die Einsicht einkehrte.

Wurde die Abfallgebühr von Bürgerlichen bekämpft, begrüßten sie linke und grüne Parteien. Die Ratsmehrheit hat die Vorlage also unterstützt. «Das ist eine Niederlage», sagt Franziska Grossenbacher vom Grünen Bündnis. «Wir sind enttäuscht, dass der Gemeinderat vor den Drohungen der Gewerbler eingeknickt ist.» Die Stadträtin nimmt sogleich die Betroffenen in die Verantwortung: «Das Gewerbe muss jetzt gute Vorschläge bringen und sich an diese halten.» Man müsse beispielsweise für Take-aways Anreize schaffen, um Mehrweggeschirr zu verwenden.

Edith Siegenthaler, Co-Präsidentin der SP Stadt Bern, gibt sich noch nicht geschlagen. «Der Sauberkeitsrappen wurde nicht aufgegeben, sondern nur für den Moment sistiert», sagt Siegenthaler. Wenn die Charta keine Wirkung zeige, müsse man auf den Sauberkeitsrappen zurückkommen. «Uns ist es vor allem wichtig, dass es weniger Abfall gibt. Ob wir das mit der Charta oder dem Sauberkeitsrappen erreichen, ist zweitrangig.»

Siegenthaler sieht sogar Vorteile in der neu angepeilten Lösung. «Die Charta gibt vielleicht etwas mehr Spielraum, massgeschneiderte Vorgaben zu entwickeln.» Die Vorgaben, die mit dem Gewerbe abgemacht werden, müssten aber verbindlich sein, betont Siegenthaler. Grundsätzlich müsse vermieden werden, dass Abfall überhaupt erst entstehe. Und wenn er entstehe, müssten die Entsorgungskosten so verteilt werden, dass es sich lohne, den Abfall zu vermeiden.

### **Umstrittener Kompromiss**

Was in der Charta stehen wird, ist noch unklar. Wie auch beim Sauberkeitsrappen habe man bei diesem Vorhaben kein Vorbild, betont Gemeinderätin Wyss. Ziel sei es nach wie vor, den Müll zu reduzieren – dessen Entsorgung die Stadt Bern jährlich elf Millionen Franken kostet. Eckpunkte gibt es immerhin: Das Dokument richtet sich verpflichtend an die Berner Innenstadt, soll klare und messbare Ziele enthalten und ein Controlling-System beinhalten.

Für Alexander Reinhard sind das Beispiele und Massnahmen, die in Gewerbekreisen schon eingeführt worden sind. Auch in seinen eigenen Bäckereien: Mehrwegbecher, die den Karton-Kaffeebecher ersetzen, Plastiksäcke aus kompostierbarem Material oder die Stofftasche. Zurzeit entwickelt Reinhard laut eigenen Aussagen Behälter für den Salat. Dabei holt er sich Hilfe von Studierenden, die untersuchen sollen, welches Material am besten geeignet ist. «Ob Plastik, Glas oder Bambus, das wird sich zeigen», sagt Reinhard.

Zusätzliche Abfalleimer in der Stadt seien ebenfalls eine Möglichkeit, schlägt Reinhard vor. Doch da widerspricht Sven Gubler von Bern City. «In der Innenstadt, die zu den Unesco-Weltkulturerben gehört, könne man nicht einfach 30 neue Kübel hinstellen.» Das Stadtbild werde gestört.

### **«Zahnloser Papiertiger»**

Gar nicht begeistert zeigt sich **Thomas Balmer**. «Dafür hätte der Aufwand nicht betrieben werden müssen», sagt der Präsident vom Gewerbeverband KMU der Stadt Bern. Dass Abfall und Littering bekämpft werden müssten, da seien sich alle einig. Nun aber ein Dokument zu erstellen, nach der ganzen Aufregung über die Gebühr, das stimme ihn skeptisch. «Das wird bloss ein zahnloser Papiertiger, den werden wir sicher nicht bekämpfen», sagt Balmer.

An der Ausarbeitung der Charta will sich Balmer nicht beteiligen. «Wir haben keine Lust mehr.» Es blieben die Mittel, sich in der Vernehmlassung zu melden oder Beschwerde einzureichen. Auf alles Weitere warte er gespannt. «Ich lasse mich überraschen», sagt Balmer.

## **Der Weg des Scheiterns**

Die Anfänge des «Sauberkeitsrappens» gehen auf das Jahr 2007 zurück. Damals wollte die Stadt eine Grundgebühr bei allen Gebäudebesitzern erheben, um die von Strassenmüll verursachten Kosten zu decken. Fünf Jahre später schickte das Bundesgericht diese Pläne bachab: Entsorgungskosten dürften nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Stattdessen müsse eine Gebühr Anreize schaffen, Abfall zu vermeiden.

Mit diesem Vorsatz ging die Stadt zurück an die Arbeit. 2014 wurde ein «grosser Wurf» verkündet: Das später als «Sauberkeitsrappen» bezeichnete Projekt sollte pionierhaftes Gebühren- und Anreizsystem sein. Heftige Kritik aus Gewerbe und Politik erzwangen Überarbeitungen; das Vorhaben konnte nur durch eine Erhöhung des Projektierungskredits von 250 000 auf 400 000 Franken aufrechterhalten werden.

Die um Jahre verzögerte Vernehmlassung begann schliesslich 2019. Nun ist klar, was schon lange vermutet wurde: Die Einführung des Sauberkeitsrappens ist gescheitert, bevor sie überhaupt beginnen konnte. (mck)

Donnerstag 20. Juni 2019 06:55

von Carole Guggi, Calum MacKenzie